

## Inhaltsverzeichnis

---

1. Stiftung Familienunternehmen .....	
2. Peer Steinbrück .....	
3. Die Familienunternehmer - ASU .....	
4. Udo di Fabio .....	
5. Clemens Fuest .....	

## Stiftung Familienunternehmen

Die **Stiftung Familienunternehmen** setzt sich in Politik und Medien für die Anliegen der größten deutschen Familienunternehmen ein. In der Öffentlichkeit wird die Stiftung zuweilen als Vertretung des Mittelstands wahrgenommen, da die Begriffe Familienunternehmen und Mittelstand häufig synonym verwendet werden. Die rund 500 Förderer der Stiftung stammen allerdings nach eigenen Angaben "aus dem Kreis der größten deutschen Familienunternehmen".<sup>[1]</sup> Tatsächlich besteht das Kuratorium aus Vertretern großer Unternehmen, aus Superreichen und Vermögensverwaltern.<sup>[2]</sup> In ihrer politischen Arbeit konzentriert sich die Stiftung vor allem darauf, die stärkere Besteuerung von Reichtum abzuwehren (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer).

### Stiftung Familienunternehmen



**Rechtsform** gemeinnützige Stiftung

**Tätigkeitsbereich** Politische Interessenvertretung der größten deutschen Familienunternehmen

**Gründungsdatum** 2002

**Hauptsitz** München

**Lobbybüro** Haus des Familienunternehmens, Pariser Platz 6a, Berlin

**Webadresse** [familienunternehmen.de](http://familienunternehmen.de)

### Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss .....	2
2	Fallstudien und Kritik .....	4
2.1	Einfluss auf Reform der Erbschaftssteuer 2016 .....	4
3	Organisationsstruktur und Personal .....	5
3.1	Vorstand und Geschäftsführer .....	5
3.2	Kuratorium .....	5
3.3	Wissenschaftlicher Beirat .....	5
3.4	Mitglieder .....	6
4	Finanzen .....	6
5	Kurzdarstellung und Geschichte .....	6
6	Zitate .....	6
7	Weitere Informationen .....	6
8	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	7
9	Einzelnachweise .....	7

## Lobbystrategien und Einfluss

Die Stiftung Familienunternehmen nimmt über ihre Vertretung in Berlin Einfluss auf politische Entscheidungen wie etwa zur Reform der Erbschaftssteuer (siehe unten). Die Stiftung organisiert regelmäßig Veranstaltungen, auf dem ihre Mitglieder mit hochrangigen Politikern ins Gespräch kommen können. Ihre

Kontakte reichen bis hin zur höchsten Ebene: Sowohl die amtierende Kanzlerin [Angela Merkel](#) als auch ihr damaliger Herausforderer [Peer Steinbrück](#) ließen es sich im Wahljahr 2013 nicht nehmen, zum jährlichen Tag des deutschen Familienunternehmens zu erscheinen, zu dem die Stiftung in das Hotel Adlon in Berlin einlädt. In der Hochphase der Auseinandersetzung um einen neuen Kompromiss zur Erbschaftssteuer lobte Bundeskanzlerin Merkel auf dem Tag des Familienunternehmens die Lobbyarbeit der Stiftung: Ihre Anliegen seien gut bekannt, nun sollte sich die Stiftung nur noch „ein bisschen mit den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten befassen“.

Bei den „Hauptstadtgesprächen“ im Haus des Familienunternehmens wirkte die Süddeutsche Zeitung als Medienpartner und berichtet ausführlich. Viele prominente Politiker waren bereits vertreten, u.a. konnte sich dort im Jahr 2013 der damalige Kanzlerkandidat Peer Steinbrück während seines Wahlkampfes profilieren. Auch ein weiteres jährliches Veranstaltungsformat wird in der Kooperation mit einer Zeitung durchgeführt, die "WELT-Währungskonferenz" in Kooperation mit der Zeitung "Die Welt". <sup>[3]</sup>

Darüber hinaus werden Medien-Kontakte in den Kooperationen mit Journalistenschulen schon früh gepflegt. Darunter: die Axel-Springer-Akademie in Berlin, die Deutsche Journalistenschule in München, die Georg-Holtzbrinck-Schule für Wirtschaftsjournalisten in Düsseldorf und die Kölner Journalistenschule für Wirtschaft und Politik.<sup>[4]</sup>

Auch in der Wissenschaft ist die Stiftung bestens vertreten: Sie fördert unter anderem die Institute und Forschungsstellen für Familienunternehmen an den Universitäten Witten-Herdecke ([Wittener Institut für Familienunternehmen](#)), Friedrichshafen ([Friedrichshafener Institut für Familienunternehmen](#)) und Bayreuth ([Forschungsstelle für Familienunternehmen](#)). Es werden Aufträge für Studien vergeben und somit die wissenschaftliche Diskussion über Familienunternehmen geprägt. Stiftungsgründer Hennerkes selbst ist Honorarprofessor in Witten-Herdecke, der Geschäftsführer der Stiftung lehrt in Friedrichshafen<sup>[5]</sup>. Die Stiftung betreibt auch Wissenschaftslobbyismus, indem sie gezielt die Forschung zu Themen wie der Erbschaftssteuer-Reform oder der Frauenquote unterstützt bzw. eigene Studien anfertigen lässt<sup>[6]</sup>.

In Brüssel vertritt die Stiftung als Mitglied in der Expertengruppe Familienunternehmen die Interessen ihrer Förderer auf EU-Ebene.<sup>[7]</sup>

Ähnlich wie auch der Verband [Die Familienunternehmer - ASU](#) zeigt sich die Stiftung offen gegenüber den eurokritischen Positionen der AfD. Im Mai 2014 bot sie dem damaligen Parteichef [Bernd Lucke](#) die Bühne, indem sie ihn zur zentralen Veranstaltung der Stiftung, dem „Tag des deutschen Familienunternehmens“, als Podiumsgast einlud.<sup>[8]</sup> Leiter der Berliner Repräsentanz „Haus des Familienunternehmens“ war zwischen April 2015 und Juni 2018 [Matthias Lefarth](#)<sup>[9]</sup>. Der Steuerexperte und Eurokritiker wechselte im Juli 2014 zunächst als Leiter Steuer- und Finanzpolitik zur Stiftung.<sup>[10]</sup> Lefarth war zeitweilig AfD-Landeschef in Berlin und unterstützte nach deren Angaben die Berliner AfD im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik<sup>[11]</sup>. Im Juli 2018 wechselte Lefarth zur Europäischen Kommission.<sup>[9]</sup>

## Fallstudien und Kritik

---

### Einfluss auf Reform der Erbschaftssteuer 2016

---

Die Familienunternehmerlobby wertete die Reform der Erbschaftssteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.<sup>[12]</sup> Gemeinsam mit dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) setzt sich die Stiftung gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum ein. In einem gemeinsamen Appell von Stiftungsgründer Hennerkes und Großunternehmen wie Bitburger, die Quandt-Erben und der Autovermieter Erich Sixt heißt es, die Erbschaftssteuer sei ein „bürokratisches Monster“ und gefährde Arbeitsplätze in Deutschland.<sup>[13]</sup> <sup>[14]</sup>

Die Regierung reagierte im Sinne der Unternehmer. Im Ergebnis sah die Reform u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.<sup>[15]</sup> Bis Mitte 2016 musste die Regierung eine neue Regelung vorlegen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen wendeten sich vehement die Stiftung Familienunternehmen und [Die Familienunternehmer - ASU](#), worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.<sup>[16]</sup> Der im Juni 2016 vorgelegte Entwurf der Erbschaftssteuerreform wurde in mehreren Kommentaren als ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer gewertet.<sup>[17][18]</sup> Da sich im parlamentarischen Verfahren keine Einigung zwischen Bundestag und Bundesrat abzeichnete, kündigte das Verfassungsgericht im Juli an, das Verfahren wieder an sich zu ziehen, weil der Gesetzgeber die Frist für einer Änderung verpasst hatte.<sup>[19][20]</sup> Im September 2016 einigten sich Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss auf einen Kompromiss, nach dem Firmenerben weiter weitgehend verschont werden. Die Ökonomen Birger Scholz und Achim Truger kamen in einer von Campact in Auftrag gegebenen Studie zu dem Schluss, dass "die verfassungswidrige übermäßige Privilegierung des Betriebsvermögens im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Ergebnis (fast) vollständig beibehalten" wird.<sup>[21]</sup> Dies wurde auch in der taz heftig kritisiert<sup>[22]</sup> und Hermann-Ulrich Viskorf, ehemaliger Vizepräsident des Bundesfinanzhof, urteilte gar: "Der Gesetzgeber hat die neuen Regeln aber so gestaltet, dass sie leicht umgangen werden können und nur für ganz wenige Erben großer Betriebsvermögen Bedeutung haben werden. Mein Fazit lautet: Das Ziel wurde verfehlt."<sup>[23]</sup>

Die Kontakte zwischen der Stiftung Familienunternehmen, dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) und der Politik waren während der Kompromissfindung zur Reform der Erbschaftssteuer 2015 und 2016 offenbar sehr eng. Wie aus einer schriftlichen Anfrage von der Bundestagabgeordnete Lisa Paus (Grüne) an die Bundesregierung hervorgeht, trafen Vertreter der Stiftung Familienunternehmen und des Verbands "Die Familienunternehmen - ASU" zwischen Februar 2015 und Juni 2016 zwölf Mal auf ranghohe Vertreter der Bundesregierung, darunter Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Darunter waren neun Treffen mit der Stiftung Familienunternehmen, drei Treffen mit [Die Familienunternehmer, ASU](#) sowie ein gemeinsames Treffen mit beiden Lobbyverbänden.<sup>[24]</sup> Aufgelistet sind fünf Gespräche auf "Leitungsebene" mit dem Bundeskanzleramt, sieben weitere mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Finanzstaatssekretären der Union. Daneben hat es zahlreiche Treffen gegeben, bei denen am Rande "oftmals ein Gedankenaustausch" stattgefunden hat. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) empfing die Lobbyisten sogar in der Staatskanzlei. Auch zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne) gab es gute Kontakte.<sup>[25][26]</sup>

Laut Süddeutscher Zeitung zahlten 2018 Großerben auf Erbschaften im Gesamtwert von 31 Mrd. Euro nur etwa fünf Prozent Steuer.<sup>[27]</sup> Als Großerben werden die gut 600 Deutschen bezeichnet, die 2018 mehr als zehn Mio. Euro erben oder geschenkt bekamen.

## Organisationsstruktur und Personal

---

### Vorstand und Geschäftsführer

---

Vorstandsmitglieder sind: Rainer Kirchdörfer, Partner der Sozietät Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz in Stuttgart, und Ulrich Stoll, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Festo AG in Stuttgart. Brun-Hagen Hennerkes, Stifter und langjähriger Vorstandsvorsitzender, hat sich im Dezember 2019 aus Altersgründen aus dem Stiftungsvorstand zurückgezogen.

Geschäftsführer ist Stefan Heibreder

Quelle: <sup>[28]</sup>

### Kuratorium

---

Ein genauer Blick in das 42-köpfige Kuratorium der Stiftung gibt einige Hinweise auf die Förderer der Stiftung. Hier sitzt kaum ein Vertreter eines mittelständischen Unternehmens.<sup>[29]</sup> Stattdessen sind hier Superreiche wie Johannes Kärcher (Alfred Kärcher), Edwin Kohl (Kohlpharma) oder Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf) vertreten. Weitere Kuratoriumsmitglieder sind Vertreter und Vertreterinnen von Großunternehmen wie Haniel, Henkel oder Theo Müller („Müllermilch“), deren Eigentümer-Familien Haniel, Henkel und Müller selbst zu den reichsten Deutschen zählen. Auch zur BMW-Erbenfamilie Quandt, der reichsten Familie Deutschlands, gibt es eine Verbindung: Kuratoriumsmitglied Wilhelm Freiherr von Haller ist Mitglied im Aufsichtsrat des HQ (Harald Quandt) Trust. Dieser befindet sich im Besitz der Familie Harald Quandt und bietet unter dem Motto „Nur Vermögen ist zu wenig“ Vermögensverwaltung für Superreiche an. Zu den Kuratoren gehört auch Bundesminister a.D. **Hans-Peter Friedrich** (Stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion).

### Wissenschaftlicher Beirat

---

Mitglieder sind (Stand Dezember 2019)<sup>[30]</sup>:

- **Rainer Kirchdörfer** (Vorstand der Stiftung, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats), Partner der Kanzlei Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz, Honorarprofessor an der Universität Witten/Herdecke
- **Tina Ehrke-Rabel**, Professorin am Institut für Finanzrecht der Universität Graz
- **Udo di Fabio**, Direktor für Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bundesverfassungsrichter a.D.
- **Clemens Fuest**, Präsident des **ifo Institut für Wirtschaftsforschung**
- **Hans-Werner Sinn**, ehem. Präsident des **ifo Institut für Wirtschaftsforschung**
- **Kay Windthorst**, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Rechtsdogmatik und Rechtsdidaktik der Universität Bayreuth sowie Mitglied im Beirat und im Aufsichtsrat eines Familienunternehmens

## Mitglieder

---

Auf ihrer Webseite unter "Wer wir sind" bezeichnet sich die Stiftung als "Initiative von Familienunternehmen". Unter "Transparenz" präzisiert sie: "Die Stiftung wird getragen von über 500 Firmen aus dem Kreis der größten deutschen Familienunternehmen." In der Stiftung Familienunternehmen sind also etwa 0,02% aller rund 2,3 Millionen Familienunternehmen vertreten. Da die Begriffe Familienunternehmen und Mittelstand häufig synonym verwendet werden, wird die Stiftung fälschlicherweise zuweilen als Interessenvertretung des Mittelstands wahrgenommen.

Zu den einzelnen Mitgliedern und Förderern der Stiftung macht die Stiftung keine Angaben.

## Finanzen

---

Auch auf Nachfragen hin gibt die Stiftung über ihre Einnahmen keine Auskunft. Laut eigenen Angaben gab es keine "Einzelspenden" an die Stiftung, die mehr als zehn Prozent der Jahreseinnahmen ausmachten. <sup>[31]</sup>

Die Stiftung genießt das Steuerprivileg der Gemeinnützigkeit. Die finanzpolitische Sprecherin der Grünen, Lisa Paus, kritisierte dies in den Stuttgarter Nachrichten: "Da im Kuratorium vor allem Unternehmer seien, 'gibt es gute Gründe zu vermuten, dass individuelle materielle Vorteile den Zweck der Stiftung bestimmen'". <sup>[32]</sup>

## Kurzdarstellung und Geschichte

---

Die Stiftung Familienunternehmen besteht seit 2002 und hat ihren Hauptsitz in München. Gründer ist der sogenannte "Reichenanwalt" [[Brun-Hagen Hennerkes}}. Insgesamt sind 9 MitarbeiterInnen beschäftigt, davon 3 in Berlin. Dort unterhält die Stiftung seit 2012 auch ihre Repräsentanz, das „Haus der Familienunternehmen“ am Pariser Platz.

Auf der Agenda der Stiftung stehen neben der politischen Interessensvertretung auch der Austausch für Unternehmer und die Unterstützung eigener Forschungsaktivitäten und -institutionen. Auf diese Weise sollen politische Anerkennung und eine bessere öffentliche Wahrnehmung erreicht werden.

## Zitate

---

"Lobbyorganisationen wie der Verband 'Die Familienunternehmer' haben eine brutale Kampagne gegen weitergehende Regeln geführt, indem sie so taten, als drohe durch eine moderate Besteuerung Superreicher der Untergang des Mittelstands. Dass diese freche Lüge so durchschlagend wirkt, haben sie sich wohl selbst nicht träumen lassen." - Ulrich Schulte in der taz zur Reform der Erbschaftssteuer 2016 <sup>[33]</sup>

## Weitere Informationen

---

- [Erbschaftsteuer - Die Lobby hat Erstaunliches erreicht](#), Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2016

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [\[1\]](#), Angaben auf der Webseite unter "Transparenz", zuletzt aufgerufen am 19.03.2019
2. ↑ [LobbyControl: Erbschaftssteuer: Wer sind die Lobbyisten der Reichen?](#), 15.05.2017
3. ↑ [Website Stiftung Familienunternehmen: Weltwährungskonferenz](#), abgerufen am 15.05.2017
4. ↑ [Website Stiftung Familienunternehmen: Journalistenschulen](#), abgerufen am 15.05.2017
5. ↑ [Professor Brun-Hagen Hennerkes Uni Witten-Herdecke](#), abgerufen am 15.05.2017)
6. ↑ [Publikationen/Studien Website Stiftung Familienunternehmen](#), abgerufen am 15.05.2017
7. ↑ [Website Stiftung Familienunternehmen: Expertengruppe Familienunternehmen](#), abgerufen am 15.05.2017
8. ↑ [Veranstaltungen](#), Website Stiftung Familienunternehmen, abgerufen am 15.05.2017
9. ↑ <sup>9,09,1</sup> [Webseite Stiftung Familienunternehmen](#), abgerufen am 13.08.2018
10. ↑ [Haus des Familienunternehmens Website Stiftung Familienunternehmen](#), abgerufen am 15.05.2017
11. ↑ [Rücktritt Lefarth Website Bundespresseportal](#), abgerufen am 15.05.2017
12. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer Der Spiegel](#), abgerufen am 15.05.2017
13. ↑ [Erbschaftsteuer- Das mittelstandsfeindliche Monster](#), Süddeutsche Zeitung, abgerufen am 15.05.2017
14. ↑ [Appell des Mittelstandes- Protestwelle gegen neue Erbschaftssteuer rollt](#), Handelsblatt, abgerufen am 15.05.2017
15. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
16. ↑ [Christoph Butterwegge: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24.09.2015, abgerufen am 15.05.2017
17. ↑ [Familienunternehmen gewinnen Lobbyenschlacht um die Erbschaftsteuer](#), sz.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
18. ↑ [Videokommentar zur Erbschaftsteuerreform: "Ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer"](#), spiegel.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
19. ↑ [Keine Einigung in Berlin Erbschaftsteuer wieder in Karlsruhe](#), tagesschau.de vom 14.07.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
20. ↑ [Nach Ablauf der in Sachen „Erbschaftsteuer“ gesetzten Frist zur Neuregelung soll das Normenkontrollverfahren erneut auf die Tagesordnung](#), Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 41/2016 vom 14.06.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
21. ↑ [Erbschaftsteuer-Reform 2016: Eine Aktualisierung der Fallbeispiele nach dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss. Kurzexpertise](#), Webseite von Campact, 11.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
22. ↑ [Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage](#), die taz, 14.10.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
23. ↑ [Ex-Finanzrichter zur Erbschaftsteuer: Reform packt Grundprobleme nicht an](#), Stuttgarter Nachrichten, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017

24. ↑ <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/097/1809729.pdf> Bundestagsdrucksache 10/9729 sowie Personalien Eifrige Lobbyisten, Süddeutsche Zeitung vom 24./25.09.2016, S. 26
25. ↑ [Pressemeldung der Süddeutschen Zeitung](#), Das Presseportal, 18.04.2013, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
26. ↑ [Letzter Akt Erbschaftssteuer: Kretschmann und die Lobby der Vermögenden](#), LobbyControl, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
27. ↑ [Wer viel erbt, zahlt kaum Steuern](#), sueddeutsche.de vom 02.12.2019, abgerufen am 07.12.2019
28. ↑ [Vorstand & Geschäftsführung](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 10.12.2019
29. ↑ [Webseite Stiftung Familienunternehmen - Kuratorium](#), abgerufen am 10.12.2019
30. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 10.12.2019
31. ↑ [\[2\]](#), Angaben auf der Webseite unter "Transparenz", zuletzt abgerufen am 19.03.2019
32. ↑ [Abgeordnete: Steuerprivileg von Lobbygruppen streichen](#), Stuttgarter Nachrichten, 31.08.2015, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
33. ↑ [Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage](#), die taz, 14.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017

## Peer Steinbrück

### Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

**Peer Steinbrück** (\* 10. Januar 1947 in Hamburg) Bundestagsabgeordneter für die SPD, 2005 bis 2009 Bundesfinanzminister, davor Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Am 09.12.2012 wurde Peer Steinbrück vom SPD-Parteitag zum Kanzlerkandidaten für die [Bundestagswahl 2013](#) gewählt und trat erfolglos als Herausforderer von [Angela Merkel](#) (CDU) an.

#### Inhaltsverzeichnis

1 Karriere .....	9
2 Verbindungen / Netzwerke .....	9
2.1 Aufsichtsratsmitgliedschaft .....	10
3 Wirken .....	10
3.1 2015: Beratertätigkeit für die Ukraine .....	10
3.2 2012: Hilfe für die Stahlindustrie .....	10
3.3 Nebentätigkeiten .....	10
4 Kritik .....	12
4.1 Steinbrücks Nähe zur Finanzlobby .....	12
4.2 Gründung der ÖPP Deutschland AG .....	12
4.3 Sponsoring-Gelder für Schachtunier .....	12
4.4 Peerblog .....	13
4.5 BigBrotherAward .....	13



5 Zitate .....	13
6 Weiterführende Informationen .....	13
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	13
8 Einzelnachweise .....	13

## Karriere

---

- 01/2010-09/2012 Mitglied des Aufsichtsrats von [ThyssenKrupp](#)<sup>[1]</sup>
- seit 10/2009 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD)
- 11/2005-10/2009 **Bundesfinanzminister**
- 11/2005-11/2009 stellv. Vorsitzender der SPD
- 11/2002-06/2005 **Ministerpräsident** von Nordrhein-Westfalen
- 02/2000-11/2002 Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
- 10/1998-02/2000 Minister für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr von Nordrhein-Westfalen
- 05/1992-05/1998 Erst Staatssekretär, dann Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
- 06/1990-04/1992 Staatssekretär im Ministerium für Natur, Umwelt und Landesentwicklung des Landes Schleswig-Holstein
- 1986-1990 Leiter des Büros des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau
- 1970-1974 Studium der Volkswirtschaft und der Sozialwissenschaft an der Uni Kiel, Abschluss als Diplom Volkswirt

Quelle: <sup>[2]</sup>

## Verbindungen / Netzwerke

---

- Im März 2015 wurde bekannt, dass Steinbrück für eine prominent besetzte Ukraine-Initiative als Berater auftritt.
- Im Juni 2011 war Steinbrück einer von fünf deutschen Teilnehmern (neben ihm [Josef Ackermann](#), [Thomas Enders](#), [Peter Löscher](#), [Matthias Nass](#)) der [Bilderberg Konferenz](#)<sup>[3]</sup>
- Im Sommersemester 2011 übernahm Peer Steinbrück eine Gastprofessur für Politikmanagement der [Stiftung Mercator](#) an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen.<sup>[4]</sup>
- Steinbrück ist
  - Mitglied des Stiftungssenats in der Deutschen Nationalstiftung
  - Stellv. Vorsitzender der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung
  - Mitglied des Kuratoriums in der Stiftung Berliner Schloss - Humboldt-Forum
  - Mitglied der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

## Aufsichtsratsmitgliedschaft

---

- Im Januar 2010 wurde Steinbrück Mitglied des Aufsichtsrats beim größten deutschen Stahlkonzern **ThyssenKrupp**<sup>[5]</sup> und erhielt dafür ein Gehalt von 130.000 bis 230.000 Euro.<sup>[6]</sup> Nach Bekanntwerdung seiner Kanzlerkandidatur im Herbst 2012 gab Steinbrück an, seinen Sitz im Aufsichtsrat aufzugeben um Interessenkonflikten zu entgehen und „auch selber nicht ins Zwielficht [zu] geraten“. <sup>[7]</sup>
- Peer Steinbrück ist ebenfalls Mitglied des Aufsichtsrats der Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA.<sup>[8]</sup> Auch In Zukunft will Steinbrück Mitglied im Aufsichtsrat bleiben, da „es erkennbar niemals zu einem Interessenkonflikt kommen kann“, wie er vor Journalisten bekannt gab.<sup>[9]</sup>

## Wirken

---

### 2015: Beratertätigkeit für die Ukraine

---

Im März 2015 wurde bekannt, dass Steinbrück für den Verein "Agentur für die Modernisierung der Ukraine" als Berater auftreten sollte. Dieser war laut Angaben des Spiegels von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Karl-Georg Wellmann und dem französischen Philosophen Bernard-Henri Lévy in Wien gegründet worden; als Direktor tritt der ehemalige österreichische Vizekanzler Michael Spindelegger auf.<sup>[10]</sup> Finanziert wird die Initiative von ukrainischen Oligarchen, unter ihnen sind Dmitrij Firtasch, Rinat Achmetow und Wiktor Pintschuk; diese gelten als umstrittene Figuren der ukrainischen Wirtschaft.<sup>[11]</sup> Diese Tätigkeit endete im Juni 2015 in beiderseitigem Einvernehmen, wie beide Seiten in einer Pressemitteilung bekannt gaben.<sup>[12]</sup>

### 2012: Hilfe für die Stahlindustrie

---

Peer Steinbrück hat nach einem Bericht des Handelsblatts in seiner Zeit als **ThyssenKrupp**-Aufsichtsrat dem Stahlkonzern seine politische Hilfe für günstigere Strompreise angeboten. Steinbrücks Angebot an ThyssenKrupp geht aus einem Protokoll des Aufsichtsrats vom 31. Januar 2012 hervor. Während der Sitzung hat danach ein Vertreter der Arbeitnehmerseite die hohen Stromkosten für deutsche Industriekunden kritisiert. Steinbrück hat laut Protokoll geäußert, "wenn aus dem Kreis des Aufsichtsrats eine Initiative (...) ergriffen werde, sei er gerne zur politischen Unterstützung bereit". <sup>[13]</sup>

## Nebentätigkeiten

---

Zwischen 2009 und 2010 hielt Steinbrück keinerlei Reden im Bundestag, wie Abgeordnetenwatch berichtete.<sup>[14]</sup> Gleichzeitig verdient er dennoch gut mit Vorträgen, da Steinbrück seit 2009 insgesamt 89 Vorträge bei Großbanken, Unternehmensberatungen und Stiftungen gehalten hat. Die Anzahl der Vorträge und die Höhe der damit erzielten Einkünfte weist darauf hin, dass für Herrn Steinbrück seine Tätigkeit als Abgeordneter offenbar nicht im Mittelpunkt stand, wie es das Abgeordnetengesetz verlangt. Für rund 70 dieser Auftritte erhielt er jeweils ein Honorar von mindestens 7000 € (Stufe 3). Da lediglich Angaben in 3 Stufen gefordert

werden, wobei die höchste Kategorie bei 7000 € und mehr endet, läßt sich die wirkliche Summer der **Nebeneinkünfte**, nach offiziellen Angaben, nur schätzen. <sup>[15]</sup> Hinzu kommen seine Einnahmen durch publizistische Tätigkeiten, unter die seine Veröffentlichungen, „Unterm Strich“ und „Zug um Zug“ in Kollaboration mit Helmut Schmidt fallen. <sup>[16]</sup> Nach Einschätzungen des Focus, dürfte Steinbrück demnach mindestens 698.945 € eingenommen haben und zählt somit zu den Spitzenverdienern des Deutschen Bundestages. <sup>[17]</sup>

Bei einigen Vorträgen sind die Beziehungen zwischen den auftragsgebenden Unternehmen und Steinbrücks Tätigkeit als Finanzminister besonders heikel: So hielt Steinbrück 2011 einen Vortrag bei der Anwalzkanzlei **Freshfields Bruckhaus Deringer**, welche zuvor im Jahre 2008 vom Finanzministerium beauftragt wurde, ein **Finanzmarktstabilisierungsgesetz** und die Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung auszuarbeiten. Hinzu kam eine weitere Auftragsvergabe für ein darauffolgendes Ergänzungsgesetz im Jahre 2009. <sup>[18]</sup> Insgesamt zahlte das Finanzministerium unter Steinbrück 1,8 Millionen Euro an die Wirtschaftskanzlei. <sup>[19]</sup> Auch für den Vortrag bei Freshfields Bruckhaus erhielt Steinbrück ein Honorar, welches er unter der Kategorie 3, also mindestens 7000 €, vermerkte. Darüber hinaus stellt die Zahlung von mindestens 7000 € an Steinbrück, für ein Interview für den Geschäftsbericht des Baukonzerns **Bilfinger Berger**, im Jahre 2010, eine ungewöhnliche Form der Honorierung dar. Laut Focus soll der Betrag für das nur zehn Antworten umfassende Interview sogar im fünf-stelligen Bereich gelegen haben. <sup>[20]</sup> Kritisch an dem Interview ist außerdem, dass sich Steinbrück zum Thema Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) äußerte. Als Mitglied der **ÖPP Deutschland AG**, dessen juristische Konstruktion ebenfalls auf **Freshfields Bruckhaus Deringer** zurück geht, <sup>[21]</sup> hatte Bilfinger Berge maßgeblich durch das Einwirken des Bundesfinanzministeriums profitiert. Das Ministerium stand zum damaligen Zeitpunkt unter der Leitung Steinbrücks. (Siehe unten: **Die Gründung der ÖPP Deutschland AG**)

Des Weiteren gehen aus den veröffentlichungspflichtigen Angaben, wie sie auf der Profildseite Steinbrücks des Deutschen Bundestages zu finden sind, die eigentlichen Kunden der Vorträge Steinbrücks nicht hervor. So werden lediglich Angaben über die vermittelnden Redeagenturen gemacht, unter denen unter anderem the London Speaker Bureau, Celebrity Speakers GmbH, **WMP Eurocom** und Experts4 Events zu finden sind. <sup>[22]</sup> Auf diese Weise werden konkrete Angaben zu den eigentlichen Auftraggebern <sup>[23]</sup>, wie es die **Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages** vorsehen, umgangen.

Steinbrück reagierte seinerseits auf die Kritik und beauftragte am 04.10.2012 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Warth & Klein mit der Veröffentlichung der Auftraggeber, Orte und Themen der jeweiligen Vorträge. In dem am 30.10.12 veröffentlichten Bericht finden sich außerdem die Bruttohonorare der bezahlten Vorträge in den Jahren 2009 bis 2012 wieder. <sup>[24]</sup> Dem Bericht zur Folge nahm Steinbrück, zwischen 2009 und 2012, durch die 89 außerparlamentarischen Vorträge brutto, insgesamt 1,25 Millionen Euro ein. Die höchste Honorierung liegt laut Angaben bei 25.000 Euro für eine Veranstaltung der Stadtwerke Bochum. Durchschnittlich nahm Steinbrück 15.000 Euro für seine Vorträge ein. Als Ergänzung gab Steinbrück an, diese zu einem Steuersatz von 48 Prozent versteuert zu haben. Demnach blieben ihm durchschnittlich 7.300 Euro als Nettoeinnahmen. <sup>[25]</sup> Der Bericht stellt außerdem fest, dass Steinbrück zwei Vorträge nicht ordnungsgemäß angab. <sup>[24]</sup> Hierbei handelt es sich um den über die Celebrity Speakers GmbH vermittelten Vortrag bei der **Südwestbank AG** am 19.10.12, sowie eine Vortrag bei der **Kerkhoff Consulting GmbH** am 13.10.2011. <sup>[24]</sup> Auf die Frage, weshalb er die beiden Vorträge nicht angab, antwortete Steinbrück «Nachlässigkeit von mir, ich habe es einfach verschwitzt.» <sup>[25]</sup>

## Kritik

---

### Steinbrücks Nähe zur Finanzlobby

---

In der Öffentlichkeit wird Peer Steinbrück häufig für seine Nähe zur Finanzbranche kritisiert. Insbesondere die Aktivitäten Steinbrücks rund um die **Initiative Finanzstandort Deutschland** (IFD) verdeutlichen die Vorwürfe. Der Zusammenschluss bestand, zwischen 2003 bis hin zu seiner Auflösung 2011, größtenteils aus Vertretern der Finanzbranche. Mitglieder waren unter anderem die **Deutsche Bank**, **Goldman Sachs** die **Commerzbank** und die **Citigroup**. Während ihres Bestehens setzte sich die IFD für eine Deregulierung der Finanzmärkte ein und warnte noch 2008, im Zuge der Finanzkrise, vor einer Überregulierung des Finanzsektors seitens der Politik.<sup>[26]</sup> Auch das Bundesfinanzministerium war unter der Leitung Steinbrücks Mitglied der Initiative. Laut Informationen die der Online-Zeitung Telepolis vorliegen, unterstützte Steinbrück das Engagement der IFD und setzte sich noch zwei Monate nach der Verabschiedung des **Finanzmarktstabilisierungsgesetzes** dafür ein, dass die IFD, „die nun notwendigen ‚Regulierungen im Finanzsektor‘ und die ‚europäische Integration im Bankensektor‘ als Politikberater begleiten sollte“.<sup>[27]</sup> Unter den zuvor beschriebenden Vortragskunden von Peer Steinbrück tauchen u.a. die IFD-Mitglieder JP Morgan (zweimal), Deutsche Bank (dreimal), Sparkassen (fünfmal), Volks- und Raiffeisenbanken (fünfmal) und Citigroup (einmal) auf.<sup>[27]</sup>

Anfang Dezember berichtete *Zeit Online*, dass das Bundesfinanzministeriums 2006 bei einer Änderung des Steuergesetzes Schriften des Verbandes deutscher Banken übernommen hatte. Die Begründungen für die Änderung sei zu „großen Teilen identisch mit einem Schreiben des Bundesverbandes deutscher Banken aus dem Jahr 2002.“<sup>[28]</sup>

### Gründung der ÖPP Deutschland AG

---

Steinbrück ist ein Befürworter von öffentlich- privaten Partnerschaften, auch bekannt **Public Private Partnerships (PPP)**. Dieses Modell beinhaltet die Integration privatwirtschaftlicher Unternehmen in öffentliche Tätigkeiten. Laut TAZ erleichterte die Mitgliedschaft des Bundesfinanzministeriums unter Steinbrücks Regentschaft die Entsehung maßgeblich.<sup>[29]</sup> Die **ÖPP Deutschland AG** fungiert als Beratungsfirma zur Förderung der Privatisierung öffentlichen Eigentums, wobei der Bund und verschiedene Unternehmen die Anteilshaber stellen. Als ein aus privatwirtschaftlichen Unternehmen bestehender Verbund berät sie Kommunen zur Auftragsvergabe öffentlicher Projekte an Unternehmen. Die selbsterklärte Unabhängigkeit der ÖPP ist daher zu bezweifeln.<sup>[30]</sup> In die Kritik geriet die ÖPP Deutschland AG besonders wegen ihres Entstehungsprozesses. Die Gründung der Beratungsfirma am 11. November 2008 geht zurück auf das Einwirken der **Initiative Finanzstandort Deutschland**. Am 12.06.2007 wurde die Gründung der ÖPP Deutschland AG von Peer Steinbrück und Wolfgang Tiefensee nach einem einstündigen Gespräch abgesegnet.<sup>[29]</sup>

### Sponsoring-Gelder für Schachtunier

---

Als bekennender Schachliebhaber geriet Steinbrück unter Druck, weil er für die Ausrichtung der Schachweltmeisterschaft 2006 in Bonn um Sponsoring-Gelder geworben hatte. Unter anderem richtete der damalige Bundesfinanzminister Sponsoringbitten an die Eon AG, Deutsche Bank AG, RAG, Porsche AG sowie die Post und die Telekom. Er selbst sieht die Sponsoringaktivitäten als unproblematisch an, da er nicht aus persönlichen Gründen um Gelder warb, „sondern um ein sportliches Ereignis nach Deutschland zu holen“.<sup>[31]</sup>

## Peerblog

---

Anfang Februar 2013 geriet Steinbrück in die Kritik, weil er sich auf eine intransparente Finanzierung für den Wahlkampfblog "peerblog.de" einließ. Der Peerblog sei laut der PR-Agentur, die ihn betreibt, unabhängig von der SPD und diene allein der Unterstützung des Kandidaten Steinbrück. Er finanziere sich durch fünf Unternehmer, die vorerst anonym bleiben wollen. Steinbrück sagte gegenüber Medien, dass ihm lediglich die Unterstützer nicht aber die Finanziere des Blogs bekannt seien.

## BigBrotherAward

---

2007 erhielt Peer Steinbrück den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. bekam er den Preis wegen der Einführung der Steuer-Identifikationsnummer.<sup>[32]</sup>

## Zitate

---

*„Ich glaube, dass eine gewisse Privatheit gelten muss. Ich glaube, dass es Transparenz nur in Diktaturen gibt und dass die Art der Debatte, die wir führen, der Politik und der, sagen wir mal, politischen Klasse auch nicht guttun. Es werden viele Vorurteile, viele Ressentiments bei den Wählerinnen und Wählern, bei den Bürgerinnen und Bürgern bestätigt nach dem Motto: Die sind so, die sind in einem System der Vorteilsgewährung und Vorteilsnahme, die bereichern sich et cetera. Und da muss man aufpassen, dass man über Parteigrenzen hinweg nicht einen Prozess in Gang setzt, der die Politik insgesamt beschädigt. Und bei einigen Stellungnahmen bezogen auf meine Person habe ich den Eindruck, das merken die gar nicht.“* Steinbrück im DLF, 06.10.2012<sup>[33]</sup>

## Weiterführende Informationen

---

- [Weitere Informationen zum Thema Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#)

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Steinbrück verlässt Aufsichtsrat bei ThyssenKrupp](#) Spiegel-Online vom 01.10.2012, abgerufen am 13.10.2012
2. ↑ [Webseite von Peer Steinbrück](#) abgerufen am 13.10.2012
3. ↑ [Final List of Participants Webseite der Bilderberger Konferenz](#) abgerufen am 12.06.2011
4. ↑ [Gastprofessur für Politikmanagement der Stiftung Mercator - Peer Steinbrück](#), offizielle Website der NRWSchool of Governance, abgerufen am 21. Oktober 2011
5. ↑ [Steinbrück kontrolliert künftig ThyssenKrupp](#) Focus vom 20. November 2009, abgerufen am 21.10.2010

6. ↑ [Lockruf des Geldes](#), Welt.de vom 27. Mai 2010, abgerufen am 21.10.2010
7. ↑ [\[1\],me-magazine.info](#) vom 01.10.2012 ,abgerufen am 02.10.2012
8. ↑ [Deutscher Bundestag: Peer Steinbrück](#), www.DeutscherBundestag.de, abgerufen am 04.10.12
9. ↑ [Steinbrück verlässt Tyssenkrupp\\_bleibt aber beim BVB](#), www.reuters.de vom 01.10.2012 abgerufen am 04.10.12
10. ↑ [Umstrittene Beratung: Steinbrück zweifelt an seinem Ukraine-Engagement](#), Spiegel online, 16. März 2015, zuletzt aufgerufen am 17.3.2015
11. ↑ [Steinbrücks Ukraine-Mission: Unter Oligarchen](#), Spiegel Online, 3. März 2015, zuletzt aufgerufen am 17. März 2015
12. ↑ [Presseerklärung zu meiner Tätigkeit in der Agentur zur Modernisierung der Ukraine](#), Webseite von Peer Steibrück, 9. Juni 2015, zuletzt aufgerufen am 16.6.2015
13. ↑ [Steinbrücks Nähe zur Stahlindustrie sorgt für Unmut](#) Handelsblatt vom 08.01.2013, abgerufen am 10.01.2013
14. ↑ [Der Abgeordnete der nur noch gegen Bezahlung redet](#)www.Abgeordnetenwatch.de vom 26.05.10, abgerufen am 04.10.12
15. ↑ [Vorstand der SPD nominiert Steinbrück einstimmig zum Kanzlerkandidaten](#),Süddeutsche Zeitung.de vom 02.10.12, aberufen am 02.10.12
16. ↑ [Reisender in eigener Sache](#), www.Süddeutsche.de vom 02.10.12 abgerufen am 11.10.12
17. ↑ [Nebenverdienste der Parlamentarier die zehn Spitzenverdiener im Bundestag](#),www.focus.de vom 09.10.12 abgerufen am 11.10.12
18. ↑ [Debatte um Nebeneinkünfte Steinbrücks zuverdienst sorgt für Unruhe](#), www.stern.de vom 03.10.12 abgerufen am 11.10.12
19. ↑ [Finanzministerium zahlte Anwaltskanzlei 1,8 Millionen Euro](#),www.zeit.de vom 28.12.12 abgerufen am 28.12.12
20. ↑ [SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück kassierte für Interview ab 7000 Euro für 10 Antworten](#), www.Focus.de vom 30.09.2012, abgerufen am 02.10.2012
21. ↑ [Steinbrück Pflegt Nähe zu Bankenlobbyisten](#), www.spiegel-online.de vom 07.10.12, abgerufen am 24.10.12
22. ↑ [Peer Steinbrück, SPD](#), bundestag.de, abgerufen am 02.10.12
23. ↑ [Tätigkeiten und Einkünfte neben dem Mandat](#),www.deutscherbundestag.de, abgerufen am 02.10.12
24. ↑ <sup>24,024,124,2</sup> [Ergebnisse zur Ordnungsmäßigkeit der Veröffentlichung der Vorträge von Herrn Steinbrück](#)www.spd.de vom 30.10.12 abgerufen am 30.10.12
25. ↑ <sup>25,025,1</sup> [Steinbrück verteidigt Rede-Honorare](#), www.welt.de vom 30.10.12 abgerufen am 30.10.12
26. ↑ [Initiative Finanzstandort Deutschland warnt vor Überregulierung](#),www.FAZ.de veröffentlicht am 28.07.08 abgerufen am 19.11.12
27. ↑ <sup>27,027,1</sup> [Peer Steinbrück und die Initiative Finanzstandort Deutschland](#),www.heise.de vom13.11.12 abgerufen am 19.11.12
28. ↑ [Unter Steinbrück schrieben Banken selbst das Steuergesetz](#), zeit.de vom 05.12.2012, abgerufen am 06.12.2012
29. ↑ <sup>29,029,1</sup> [Der Wirtschaftstrojaner](#), www.taz.de vom 27.01.2012 abgerufen am 03.10.12
30. ↑ [Wer wir sind](#), www.partnership-deutschland.de abgerufen am 03.10.2012
31. ↑ [Schach Affäre weitet sich aus](#), www.Focus.de, 27.09.12 abgerufen am 02.10.12
32. ↑ [bigbrotherawards.de](#)Preisträger 2007, abgerufen am 09.05.2017
33. ↑ [Steinbrück weist Vorwürfe in Honorardebatte zurück](#), dlfi.de vom 06.10.2012, abgerufen am 20.10.2012

## Die Familienunternehmer - ASU

**Die Familienunternehmer - ASU e.V.** - ehemals „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU) – bezeichnet sich als politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmen.

### Die Familienunternehmer - ASU

**Rechtsform** eingetragener Verein

**Tätigkeitsbereich** Politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmer

**Gründungsdatum** 1949

**Hauptsitz** Berlin, Charlottenstraße 24

**Lobbybüros**

o

**Lobbybüros**

o EU

**Webadresse** [familienunternehmer.eu](http://familienunternehmer.eu)

### Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss .....	16
2 Fallbeispiele .....	16
2.1 Transparenzregister .....	16
2.2 Erbschaftssteuer .....	16
2.3 Vermögensteuer .....	17
3 Positionen .....	17
4 Organisationsstruktur und Personal .....	18
4.1 Geschäftsführung .....	18
4.2 Bundesvorstand .....	18
5 Strategischer Beirat .....	18
6 Kooperationen .....	19
6.1 Jenaer Allianz .....	19
6.2 European Family Businesses .....	19
6.3 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen .....	19
7 Kurzdarstellung und Geschichte .....	19
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	19
9 Einzelnachweise .....	19

## Lobbystrategien und Einfluss

---

### Fallbeispiele

---

#### Transparenzregister

---

Als Reaktion auf die Veröffentlichung der Panama-Papers ist 2017 ein Transparenzregister eingeführt worden, aus dem sich Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen ersehen lassen.<sup>[1]</sup> So wird nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums die Transparenz erhöht und der Missbrauch von Gesellschaften und Trusts zu Zwecken der Geldwäsche, ihrer Vortaten wie Steuerbetrug und Terrorismusfinanzierung erschwert. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung sollte sich nach dem Gesetzentwurf von Ende 2016 jeder informieren können, wem eine Firma gehört.<sup>[2]</sup> Daraufhin hätten die Arbeitgeberverbände vorgetragen, der öffentliche Zugang sei unverhältnismäßig und trage nicht zur Geldwäschebekämpfung bei. Der Verband der Familienunternehmer sei noch weitergegangen: Nicht einmal Journalisten oder Nichtregierungsorganisationen sollten Zugang zu dem Register erhalten. Dabei seien es in der Vergangenheit vor allem deren Recherchen, die Korruptions- und Geldwäscheskandale aufdeckten. In einem an das Bundesfinanzministerium gerichteten Schreiben vom 3. Januar 2017 habe der Verband sogar behauptet, durch den öffentlichen Einblick steige die Gefahr für Leib und Leben von Familienunternehmern und ihren Angehörigen. Der Verband habe diese Behauptung allerdings nicht belegen können und eingeräumt, es handle sich vor allem um ein Gefühl seiner Mitglieder. Gleichwohl habe daraufhin eine Mitarbeiterin des damaligen Staatssekretärs Michael Meister (CDU) nach Rücksprache mit Minister Schäuble unter Bezugnahme auf die Argumente des Verbandes die Anweisung erteilt, „in der Kabinettsvorlage einen öffentlichen Zugang zum Transparenzregister nicht vorzusehen“.

Die letztlich beschlossene [gesetzliche Regelung](#) enthält laut Süddeutscher Zeitung eine Vielzahl von Einschränkungen: Nur Personen und Organisationen mit "berechtigtem Interesse" können Einblick erhalten. Aber nur in Registereinträge, für die sie ihr Interesse jeweils einzeln nachweisen müssen. Auch Journalisten müssten dem Bundesanzeiger - einem Privatunternehmen - erklären, warum sie wissen wollen, wer hinter einer Firma steckt. Nur wenn ein begründeter Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung bestehe, bekomme man die Auskunft. Die EU habe inzwischen beschlossen, dass das Transparenzregister ab 2020 öffentlich zugänglich sein müsse.

#### Erbschaftssteuer

---

Der Verband, der sich gemeinsam mit der [Stiftung Familienunternehmen](#) regelmäßig gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum einsetzt, wertete die Reform der Erbschaftssteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.<sup>[3]</sup> Die Reform sah u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.<sup>[4]</sup> Bis zum 30. Juni 2016 hätte die Regierung eine neue Regelung vorlegen müssen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen liefen die Die Familienunternehmer - ASU und die [Stiftung Familienunternehmen](#) Sturm, worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.<sup>[5]</sup> Die endgültige Neuregelung ist erst am 9. November 2016 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und gilt rückwirkend ab dem 1. Juli 2016.



## Vermögensteuer

---

Gegen die von den „Grünen“ im Bundestagswahlkampf 2013 erhobene Forderung nach Einführung einer Vermögensteuer organisierte der Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen eine Kampagne, deren Adressaten nicht nur alle Direktkandidaten in den Wahlkreisen waren, sondern auch sämtliche Sportvereine und Kulturinstitutionen wie Theater oder Musikschulen.<sup>[6]</sup> Letzteren wurde als Konsequenz der Vermögensteuer eine mangelnde Spendenfähigkeit vorgegaukelt, was von der Hagen im Interview mit dem manager magazin wie folgt umschreibt: „Wir haben Ihnen erklärt, was es für sie bedeutet, wenn eine Vermögensteuer den Familienunternehmen die Substanz raubt und dann nichts mehr für Spenden bleibt. Das hat gezündet“.

## Positionen

---

Die Familienunternehmer fordern u. a., den Solidaritätszuschlag zu senken<sup>[7]</sup>, den Mindestlohn abzuschaffen, keine Vermögenssteuer einzuführen, die Erbschaftssteuer niedrig zu lassen und Werkverträge nicht zu kontrollieren.<sup>[8]</sup> Im Gegensatz zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) kritisierte der Verein die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung, wollte Griechenland aus dem Euro haben und befürchtete immer höhere Finanzlasten für Deutschland.<sup>[9][10]</sup>

Einige Repräsentanten des Vereins bezweifeln den menschengemachten Klimawandel oder stellen zumindest den Sinn der meisten Klimaschutzmaßnahmen in Frage. Ein ausgesprochener Klimaleugner ist der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, der im Strategischen Beirat des Vereins sitzt. Die Thesen des Vizepräsidenten Konrad Adenauer, Kanzlerenkel und Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#), legen nach Auffassung des „Kölner Express“ den Verdacht nahe, dass er in die Kategorie „Klimaleugner“ fällt.<sup>[11]</sup>

Der Verein hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis.<sup>[12]</sup> Mitglieder und Repräsentanten der Familienunternehmer hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die gemeinsamen Diskussionen in der Internetzeitung [FreieWelt.net](#) berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt.<sup>[13]</sup> Peer-Robin Paulus, Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem [Forum Freiheit](#) 2013 die Auffassung: "Wer eine gute CDU will, muss die AfD wählen".<sup>[14]</sup> Zu seinem Bundeskongress am 8./9. Mai 2014 hat der Verein den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke eingeladen, um eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren.<sup>[15]</sup> Laut Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen möchte der Verband mit der Einladung zeigen, wie unzufrieden er mit der jetzigen Bundesregierung ist. Auch wenn die AfD mit populistischen Thesen gegen Zuwanderung und den freien Handel zu punkten versuche, schrecke dies die Familienunternehmer nicht, das Gespräch zu suchen.

## Organisationsstruktur und Personal

---

### Geschäftsführung

---

Hauptgeschäftsführer	Albrecht von der Hagen
Stellv. Hauptgeschäftsführerin	Antje Geyer
Leiter Abteilung Politik und Wirtschaft	Peer-Robin Paulus

### Bundesvorstand

---

(Auswahl)

- Reinhold von Eben-Worlée (Präsident), E.H. Worlée & Co. (GmbH & Co.) KG Udo J. Vetter (Vizepräsident), Vetter Pharma-Fertigung GmbH
- Caroline von Kretschmann (Vizepräsidentin), Der Europäische Hof Hotel Europa Heidelberg GmbH
- Karl Tack (Vizepräsident), Gebrüder Rhodius GmbH & Co. KG
- Udo J. Vetter (Vizepräsident), Vetter Pharma-Fertigung GmbH
- Doris Zur Mühlen (Vizepräsidentin), RST HANA GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

### Strategischer Beirat

---

(Auswahl)

Name	Verbindungen
Ulrike Ackermann	<ul style="list-style-type: none"> <li>• John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung der privaten SRH Hochschule Heidelberg, Leiterin</li> <li>• <a href="#">Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft</a>, Mitglied</li> </ul>
Oswald Metzger	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Tichy's Einblick, Mitarbeiter</li> <li>• <a href="#">Ludwig-Erhard-Stiftung</a>, Mitglied</li> <li>• <a href="#">Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)</a>, Botschafter</li> </ul>
Marie-Christine Ostermann	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rulko Großeinkauf GmbH &amp; Co., Geschäftsführende Gesellschafterin</li> <li>• FDP, ehem. Landesschatzmeisterin NRW</li> <li>• Die Jungen Unternehmer - BJU, bis 2012 Bundesvorsitzende</li> <li>• <a href="#">Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft</a>, Mitglied des Kuratoriums</li> <li>• <a href="#">Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft</a>, Mitglied</li> <li>• Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP)</li> </ul>

Frank Schäffler

- Prometheus, Gründer
- Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
- Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied

Sarna Röser

- Röser FAM GmbH & Co. KG, Mitglied der Geschäftsleitung
- Die Jungen Unternehmer - BJU, Bundesvorsitzende
- Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorstandsmitglied

(Stand: Dezember 2020) Quelle: <sup>[16]</sup>

- Ehemaliges Mitglied: [Michael Fuchs](#), Stellv. Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion

## Kooperationen

---

### Jenaer Allianz

---

Die Familienunternehmer - ASU ist einer der Initiatoren der neoliberalen [Jenaer Allianz](#) zur Erneuerung der Marktwirtschaft.

### European Family Businesses

---

Die Familienunternehmer - ASU ist Mitglied von [European Family Businesses](#), der europäischen Dachorganisation der Familienunternehmen mit Sitz in Brüssel.

### Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

---

Der Verein ist Mitglied/Förderer der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

## Kurzdarstellung und Geschichte

---

Die ASU wurde 1949 gegründet und im Mai 2007 in „Die Familienunternehmer – ASU“ umbenannt. Die Familienunternehmer stehen für Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung. Der Politik und der Öffentlichkeit soll ein positives Unternehmerbild sowie die Maxime „Mehr Markt, weniger Staat“ vermittelt werden. Dem Verein gehören nach eigenen Angaben etwa 5000 Mitglieder an.

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Bundesregierung stärkt den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung](#), bundesfinanzministerium.de vom 22.02.2017, abgerufen am 07.02.2019

2. ↑ [Der Eigentümer bleibt geheim](#), sueddeutsche.de vom 05.02.2019, abgerufen am 07.02.2019
3. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel abgerufen am 06.03.2015
4. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 06.03.2015
5. ↑ [Christoph Butterwegge: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24. September 2015, abgerufen am 25. 09. 2015
6. ↑ [Sonderheft Reichtum, Die Macht des Geldes](#), Managermagazin, Oktober 2019, S. 68 f., 73
7. ↑ [Pressestatement vom 1. November 2011: Familienunternehmer zur Soli-Debatte: Bundesratsmehrheit will Arbeitnehmer nicht entlasten](#)
8. ↑ [Positionen und Aktionen](#), [Webseite familienunternehmer](#), abgerufen am 11. 10. 205
9. ↑ [Marc Beise: Porzellan zerschlagen Der Euro treibt auch einen Keil zwischen die Familienunternehmen](#), Süddeutsche Zeitung vom 14./15. Juli 2012
10. ↑ [Nach Streit Familienunternehmer reichen BDI die Hand](#), Handelsblatt vom 13. Juli 2012, Website Handelsblatt, abgerufen am 14. Juli 2012
11. ↑ [Umstrittene Kolumne Express checkt Adenauers Klima-Thesen](#), espress.de vom 10.08.2019
12. ↑ [Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI](#), Der Freitag online vom 20. März 2013 [Webseite Freitag](#), abgerufen am 11. 5. 2014
13. ↑ [Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion](#), FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
14. ↑ [Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?](#), eigentümlich frei vom 19. September 2013, [Webseite](#) abgerufen am 11. 5. 2014
15. ↑ [Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne](#), Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014, [Webseite Stuttgarter Zeitung](#), abgerufen am 11. 5. 2014
16. ↑ [Mitglieder Strategischer Beirat](#) [Webseite ASU](#), abgerufen am 16.12.2020

## Udo di Fabio

**Udo di Fabio** (\*26. März 1954 in Walsum), ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts, Professor am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn und Inhaber der Mercator-Professur an der Universität Duisburg-Essen, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#), für die er auch Gutachten erstellt.<sup>[1][2]</sup>

Von der Arbeitgeber-Lobbyorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist er 2005 als "Reformer des Jahres" ausgezeichnet worden. Weiterhin ist er Träger des Publizistik-Preises 2015 der neoliberalen [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#).

In einem Gutachten im Auftrag des Freistaates Bayern vom Januar 2016 bestätigt di Fabio, dass die angedrohte Verfassungsklage des Freistaates gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung juristisch berechtigt sei.<sup>[3][4]</sup>

### Inhaltsverzeichnis

<a href="#">1 Karriere</a> .....	21
<a href="#">2 Verbindungen und Netzwerke</a> .....	21
<a href="#">3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus</a> .....	21
<a href="#">4 Einzelnachweise</a> .....	21

## Karriere

---

- 2011 Inhaber der Mercator-Professur an der Universität Duisburg-Essen
- seit 2003 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bonn (C4)
- 1999 - 2011 Richter des Bundesverfassungsgerichts (Weiter Senat)
- 1997 Professor für Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte an der Universität München (C4)
- 1994 - 1997 Direktor des Instituts für Umwelt- und Technikrecht an der Universität Trier
- 1993 Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Trier (C4)
- 1993 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Münster (C3)
- 1993 Habilitation (Bonn)
- 1990 - 1993 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn
- 1990 Promotion Sozialwissenschaft (Duisburg)
- 1986 - 1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn
- 1987 Promotion Rechtswissenschaften (Bonn)
- 1985 - 1986 Richter beim Sozialgericht Duisburg
- 1985 Zweites Juristisches Examen (Düsseldorf)
- 1982 Erstes Juristisches Examen (Hamm)

Quelle: <sup>[5]</sup>

## Verbindungen und Netzwerke

---

- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises 2015
- [Centrum für Europäische Politik](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Stiftung Wissenschaft und Politik](#), Mitglied des Stiftungsrats
- [Deutsche Telekom Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Stiftung Familienunternehmen](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Redner bei der VII. Ludwig-Erhard-Lecture am 14. Oktober 2013
- [Walter Eucken Institut](#), Redner bei der Hayek-Vorlesung 2013
- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#), Träger des Hanns Martin Schleyer-Preises 2015
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) und Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Auszeichnung "Reformer des Jahres" (2005) für sein Buch "Die Kultur der Freiheit"

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Leitplanken für eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion 3. Juni 2013](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 20.04.2016
2. ↑ [Die Reform der Erbschaftsteuer 2015](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 20.04.2016
3. ↑ [Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem](#), www.jura.uni-bonn.de, abgerufen am 20.04.2016

4. ↑ [Bayern Politisches Ränkespiel 12. Februar 2016](#), deutschlandradiokultur.de, abgerufen am 20.04.2016
5. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 20. 04. 2016

## Clemens Fuest

Der wirtschaftsliberale Ökonom **Clemens Fuest** (\* 23. August 1968 in Münster), ist Präsident des **Ifo Institut** , Regierungsberater, Mitglied des "Kronberger Kreises" und der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der **Stiftung Marktwirtschaft** sowie Präsidiumsmitglied des **Wirtschaftsbeirat Bayern** und Beiratsmitglied des **Wirtschaftsrat der CDU**. Bis 4/2016 war er Präsident des **Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung** (ZEW).

### Inhaltsverzeichnis

1 Karriere .....	22
2 Verbindungen / Netzwerke .....	23
3 Wirken .....	23
4 Zitate .....	23
5 Weiterführende Informationen .....	23
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	23
7 Einzelnachweise .....	23

## Karriere

- seit 10/2019 Mitglied des Deutsch-Französischen Rates der Wirtschaftsexperten
- seit 2018 Präsident des **International Institute of Public Finance**
- seit 4/2016 Präsident des **ifo Institut**, Direktor des Center for Economic Studies (CES), Präsident der CESifo GmbH und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- 2015-2019 Mitglied der Mindestlohn-Kommission des Bundes
- 2013-4/2016 Präsident des **Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung** (ZEW)
- 2008-2010 Independent Expert Group to the Royal Commission on Scottish Devolution, Mitglied
- seit 2008 Programmdirektor an der Oxford University Centre for Business Taxation at Saïd Business School
- seit 2003 **Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen**, Mitglied (2007 - 2010 Vorsitzender)
- 2007 Research Fellow des **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit** (IZA), Bonn
- 2006-2008 International Fellow des Centre for Business Taxation, University of Oxford
- 2001-2013 Direktor des **Finanzwissenschaftliches Forschungsinstituts** an der Uni Köln
- 2001-2008 Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Uni Köln
- 2000 Habilitation an der Uni München
- 1994 Promotion an der Uni Köln
- 1987-1991 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Uni Bochum und der Volkswirtschaftslehre und Romanistik an der Uni Mannheim

Quelle: <sup>[1]</sup>

## Verbindungen / Netzwerke

---

- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Präsidiums
- [Ernst & Young](#), Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
- [Wirtschaftsrat der CDU](#), [Stiftung Familienunternehmen](#) und [Walter Raymond Stiftung](#) der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [HSBC Trinkaus & Burkhardt AG](#), Mitglied des Verwaltungsrats
- [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des "Kronberger Kreises" und ehem. Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch"
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Fellow
- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
- "Denkraum für Soziale Marktwirtschaft", Beiratsmitglied
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): Unterzeichner des Manifests "Deutschland braucht mehr Wachstum" vom September 2006 <sup>[2]</sup> und des Manifests "Faire Regeln für alle: Mehrwertsteuer einfach gestalten" vom 23. Februar 2011<sup>[3]</sup>
- [ÖkonomenBlog](#) der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied

Quelle: <sup>[4]</sup> (Stand: Dezember 2020)

## Wirken

---

## Zitate

---

*"Also dieses alte Motto 'Die Reichen sollen mal zahlen' funktioniert deshalb nicht, weil es so viele Reiche nun auch wieder nicht gibt".*<sup>[5]</sup>

(Antwort auf die Frage, warum immer zuerst im Bereich Arbeit und Soziales gespart werden soll und nicht auch bei den sogenannten Reichen, den Besserverdienern)

## Weiterführende Informationen

---

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Stipendien, Preise und Mitgliedschaften](#), ifo.de, abgerufen am 18.12.2020
2. ↑ [Das INSM-Wachstumsmanifest ist auf der Website der INSM abrufbar](#)
3. ↑ [Faire Regeln für alle: Mehrwertsteuer einfach gestalten](#), Webseite INSM, abgerufen am 25. 01. 2016
4. ↑ [Stipendien, Preise und Mitgliedschaften](#), ifo.de, abgerufen am 18.12.2020
5. ↑ [Wolfgang Lieb: Sparpaket NachDenkseiten vom 8. Juni 2010](#), Webseite Nachdenkseiten, abgerufen am 26.03.2012